

Bad Pyrmont
28.07.2014

„Rechtsextreme Einstellung ist etabliert“

Niedersächsischer Integrationsrat tagte in Bad Pyrmont / Themen auch für die Kurstadt von Bedeutung



Gäste und Gastgeber (v.li.): Lucy Grimme (Lüneburg), Mustafa Yalcinkaya (Garbsen), Bad Pyrmonts stellvertretende Bürgermeisterin Sieglinde Patzig-Bunzel, Marisa Franco da Costa und Kiriakoula Koussatologlu-Mund (beide Bad Pyrmont), Dr. Koralia Sekler (Hannover), Abdou Ouedraogo (NIR-Vorsitzender aus Emden) und Sara Franco da Costa (Bad Pyrmont).ti

Autor: Klaus Titze/Pyrmonter Nachrichten

Bad Pyrmont. Für diese Region war das Tagungsthema des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) zum Rechtsextremismus passend ausgewählt, steht doch zum 2. August wieder eine Veranstaltung der NPD in Bad Nenndorf an. Anlässlich der Delegiertentagung des NIR in Bad Pyrmont am Wochenende stellte Prof. Dr. Elmar Brähler das Ergebnis einer aktuellen Studie zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland den aus ganz Niedersachsen angereisten Vertretern kommunaler Integrationsräte vor. Demnach hat jeder zweite AfD-Parteiwähler rechtsextremes Einstellungspotenzial.

Laut Brähler, der sich gemeinsam mit einer Leipziger Arbeitsgruppe seit 2002 mit dem Thema befasst, hat die AfD dieses Studienergebnis verständlicherweise angezweifelt. Im Gegensatz hierzu meinte die NPD zur Auswertung, dass viele Menschen ihre Einstellungen teilen. Sie müsse sie nur noch zu ihren Wählern machen, so der frühere Leiter der Selbständigen Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie am

Leipziger Uniklinikum. Mit weiteren Zahlen verdeutlichte er, dass sich rechtsextreme Einstellungen wie zum Beispiel Diktaturbefürwortung, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft etablierte und auch wegen solcher Veröffentlichungen wie von Sarrazin gesellschaftsfähig geworden sind. Antisemitische Äußerungen waren früher verpönt, auf den Staat Israel hingegen angesprochen, seien derartige Meinungen zunehmend zu hören.

Auch habe sich der Studie zufolge jeder fünfte Ruheständler ausländerfeindlich eingelassen. „Ich deute es eher auf die Sozialisation dieser Menschen, die zeitnah der nationalsozialistischen Ära groß geworden sind. Deren Wirkung war scheinbar nachhaltig. Diese Senioren sind zugleich wichtigste Träger rechtsextremer Einstellungen in den heutigen Familien“, klang seine Analyse zum Ergebnis dieser befragten Gruppe. Insgesamt jedoch und über den Zeitraum der seit 10 Jahren wiederholt durchgeführten Repräsentativerhebungen sei ein Absinken der Zahlen festzustellen.

Im Gegensatz hierzu ließen sich steigende Werte bei der Ablehnung oder Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Muslimen, Sinti und Roma und Asylbewerbern verifizieren. So beispielsweise stimmten 22,6 Prozent im Jahr 2011 dafür, dass Muslimen die Einwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte, während es 2014 bereits 36,6 Prozent waren. Und jeder Zweite äußerte in diesem Jahr, dass Sinti und Roma aus Innenstädten verbannt werden sollten, während es 2011 nur jeder Vierte in der Befragung angab. Die Studienergebnisse können unter www.zv.uni-leipzig.de/pressdaten heruntergeladen werden.

Pürrierstab statt Zahnersatz

Anhand einer Reihe von Beispielen erläuterte Karin Loos, Diplom-Sozialpädagogin beim „Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen“ (NFN), die ihre Meinung nach völlig inhumanen und entwürdigenden medizinischen Regelungen für Asylbewerber und Flüchtlinge. So gebe es zahllose Fälle, in denen zum Beispiel eine Behandlung wegen fehlender Krankenscheine verweigert wurde, Behandlungstermine wegen langwieriger Verwaltungstätigkeit verfielen oder auch die Verweigerung einfachster medizinischer Hilfen zu späteren kostenintensiven Operationen führten. Für Ärzte sei die Behandlung von Asylbewerbern und Flüchtlingen wegen der unklaren Kostenregelungen und des hohen bürokratischen Aufwandes ohnehin unattraktiv. „Ich mache das stets vorrangig an einem Fall deutlich, bei dem statt eines notwendigen Zahnersatzes die Anschaffung eines Pürrierstabes zum Zerkleinern der Mahlzeiten genehmigt worden ist“, schilderte Loos plastisch. Bremen sei inzwischen dazu übergegangen, für diese Gruppe Versicherungskarten wie für alle Krankenversicherten auszugeben und habe dafür entsprechende Verträge mit Versicherungsträgern geschlossen. Diese Verfahrensweise spare enorme Verwaltungskosten und die Übernahme einer pauschalen Kostenübernahme, entlaste also die Kommunen deutlich. Zudem müsse keine Sachbearbeiterin mehr ohne eigene medizinische Kenntnisse über Genehmigungen von Behandlungen und Therapien entscheiden.

Derzeit werde auf Landesebene eine derartige Regelung auch in Niedersachsen angestrebt, wie Filiz Polat, Mitglied des Landtages für Bündnis 90/ Die Grünen und Vorsitzende der Kommission für Migration und Teilhabe des niedersächsischen Landtages, den Delegierten berichten konnte. Die Politik sei durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zur Überarbeitung asylrechtlicher Bestimmungen aufgefordert, unter anderem mit dem in einem Urteil niedergeschriebenen Satz: „Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Auch für Bad Pyrmont könnten sich Entscheidungen auf Landesebene auf die städtische Haushaltssituation entlastend auswirken. Wie Kiriakoula Koussataloglu-Mund als Vorsitzende des Bad Pyrmontener Integrationsrates in ihrer Begrüßung hervorhob, befinden sich 30 Asylbegehrende in der Stadt und demnächst sollen Bad Pyrmont weitere 45 Flüchtlinge zugewiesen werden. Da komme eine Zusammenarbeit, wie sie zwischen der wichtigen und erfolgreichen Institution des NIR und dem Integrationsrat bestehe, sicherlich der Stadt zugute. Polats Anregung, im Falle einer Verfahrensänderung auf Landesebene frühzeitig Informationstagungen vor Ort mit Versicherungsträgern, Kliniken und Ärzten zu organisieren, passte exakt zur Aussage der Pyrmontener Integrationsratsvorsitzenden.

Autor: Klaus Titze/Pyrmontener Nachrichten